

NACHRICHTEN

Gore feiert Ende des Wahlkriminalis

NEW YORK: Wenige Stunden nach seinem Ausstieg aus dem Rennen um das Weisse Haus hat Al Gore mit Freunden und Prominenten das Ende des mehr als fünfjährigen US-Wahlkriminalis gefeiert. Gäste der Party in Gores Washingtoner Residenz waren unter anderem die Rockstars Jon Bon Jovi, Tom Petty und Stevie Wonder, wie die New Yorker Tageszeitungen «Daily News» und «New York Times» am Freitag berichteten. Gore habe mit Petty und Bon Jovi Bier getrunken und sich auf der Tanzfläche vergnügt, während seine Ehefrau Tipper Schlagzeug gespielt habe.

Schwere Regierungskrise in Portugal

LISSABON: Ein Skandal um eine staatlich unterstützte Privatstiftung hat Portugals sozialistischen Ministerpräsidenten Antonio Guterres in die schwerste Krise seiner bisher fünfjährigen Amtszeit gestürzt. Sport- und Jugendminister Armando Vara und Innenstaatssekretär Luis Patrao erklärten am Freitag in Lissabon ihren Rücktritt. Sie hatten Anfang Jahr die dem Innenministerium nahestehende «Stiftung für Vorbeugung und Sicherheit» (FPS) ins Leben gerufen.

Diese entwirft unter anderem Programme zur Bekämpfung von Verbrechen oder gegen den Drogenmissbrauch. Die Opposition warf Guterres vor, dem Parlament die Bildung dieser Stiftung verschwiegen zu haben und der Vetternwirtschaft Tür und Tor zu öffnen.

Zurückhaltung in der «Spitzelaffäre»

WIEN: Hochrangige Vertreter der österreichischen Justiz und Justizminister Dieter Böhmendorfer haben Politik und Medien am Freitag um Zurückhaltung in der «Spitzelaffäre» gebeten. Sie taten dies in einer Grundsatzklärung, ohne sich zu einzelnen Fällen zu äussern. Die Präsidentin der Richtervereinigung, Barbara Hellige, und der Präsident der Staatsanwaltsvereinigung, Friedrich Matousek, waren mit dem FPÖ-nahen Minister Böhmendorfer zusammengekommen, um sich über versuchte politische Einflussnahmen von Seiten freiheitlicher Politiker zu beklagen.

Von Entelgnung bedroht

HARARE: Immer mehr weisse Farmer müssen in Simbabwe um ihren Landbesitz fürchten. Die Regierungspartei von Präsident Robert Mugabe ZANU-PF hat am Freitag die Liste der Grundstücke, die zwangsenteignet werden sollen, um 133 auf 2513 erweitert. Auf einem Parteitag der ZANU-PF erklärte Mugabe weiter: «Das Land gehört uns durch Geburt, durch Recht und durch Kampf.»

UNO-Konvention gegen Kriminalität unterzeichnet

Abschluss der UNO-Konferenz in Palermo

PALERMO: Über 120 Staaten haben zum Abschluss einer UNO-Konferenz in Palermo die Konvention gegen organisierte Kriminalität unterzeichnet. Von Schweizer Seite hiess es, die Konferenz habe ein «eindrückliches Signal» gegeben.

«Wir sind jetzt auf dem Wege, einen juristischen Rahmen im Kampf gegen eine der grössten Herausforderungen zu schaffen», sagte der stellvertretende UNO-Generalsekretär Pino Ar-

lacchi. In der «Konvention von Palermo» verpflichten sich die Länder, ihr Strafrecht zu harmonisieren. Überall sollen gleiche Vorschriften gegen organisierte Kriminalität herrschen. Unter anderem sollen Verdächtige schneller ausgeliefert und das Bankgeheimnis beim Verdacht von Geldwäsche rasch aufgehoben werden.

Eindrückliches Signal

Die Konferenz von Palermo habe ein «eindrückliches Signal» gegeben, sagte Christoph Pappa vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) auf Anfrage. Die Staa-

ten hätten ihren Willen, gegen die organisierte Kriminalität anzugehen, mit Nachdruck bekundet. Die Probleme seien jedoch mit der Konvention noch nicht gelöst, räumte Pappa ein. Sie stelle einen Anfang dar. Jetzt müsse sie angewandt und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet verstärkt werden. Bundesrätin Ruth Metzler hatte die UNO-Konvention gegen die transnationale Kriminalität am Dienstag unterzeichnet.

DrittWelt-Staaten betonten, zum entschlossenen Vorgehen gegen organisierte Kriminalität bräuchten sie beträchtliche Fi-

nanzhilfen. Italien versprach, konfiszierte Gelder der Mafia zur Verfügung zu stellen.

Es gab in Palermo allerdings auch besorgte Stimmen. Lediglich etwa 80 Staaten anerkennt zwei Zusatzprotokolle gegen Menschenhandel und das Unwesen von Schlepperbanden. Auch die Schweiz hat die Zusatzprotokolle noch nicht unterzeichnet.

Die drei Zusatzprotokolle zum Schlepperwesen, Menschen- und Waffenhandel würden in der Schweiz noch geprüft, sagte Pappa. Die Zusatzprotokolle waren im Oktober ausgehandelt worden.

Armee verabschiedet Ogi

Der Ende Dezember abtretende Verteidigungsminister Adolf Ogi ist am Freitag im Hof des Schlosses Fraubrunnen feierlich von der Armee verabschiedet worden. Armeevertreter würdigten Ogis Verdienste für die Armee XXI und seine menschlichen Qualitäten. Unermüdlich, entschlossen und mit Visionen habe Adolf Ogi allen Schweizerinnen und Schweizern vorgelebt, dass sie sich selber bleiben können und sollen, sagte Generalstabschef Hans-Ulrich Scherrer in seiner Würdigung. Ogi habe der Schweiz mit jugendlicher Kraft und Spontaneität, mit stetem Optimismus, Begeisterungsfähigkeit und ausgeprägter Menschlichkeit sehr viel gegeben, hielt Scherrer fest. Er könne sein Departement als Architekt der neuen Sicherheitspolitik, der Kooperation und der Öffnung an Samuel Schmid übergeben.



Neue Friedensfühler in Nahost

Arafat trifft israelischen Aussenminister Ben Ami - Sechs Tote bei Schiessereien

JERUSALEM: Nach wochenlangen blutigen Unruhen bemühen sich Israelis und Palästinenser offenbar wieder verstärkt um die Aufnahme von Verhandlungen. Der palästinensische Präsident Jassir Arafat traf sich am Freitagmorgen überraschend mit dem israelischen Aussenminister Schlomo Ben Ami.

Dabei ging es um die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zwischen beiden Seiten, die nach Berichten des israelischen Rundfunks bereits in der kommenden Woche in Kairo beginnen könnten. Unterdessen wurden bei Unruhen in den Autonomiegebieten sechs Palästinenser erschossen.

Der israelische Rundfunk berichtete nach der dreistündigen Zusammenkunft am Grenzübergang Eres, auch ein Gipfeltreffen zwischen Arafat und Ministerpräsident Ehud Barak sei mittelfristig nicht ausgeschlossen. Dem Bericht zufolge verständigten sich beide Seiten darauf, sich um eine Einhaltung der im Oktober zwischen Arafat und Barak vereinbarten Waffenruhe zu bemühen. Zu-

dem solle die Blockade palästinensischer Städte aufgehoben werden.

Der palästinensische Informationsminister Jasser Abd Rabbo, der an dem Treffen teil-

nahm, sagte, beide Seiten seien noch nicht dazu bereit, die Ende September abgebrochenen Friedensverhandlungen wieder in vollem Umfang aufzunehmen. Die palästinensische

Führung wollte seinen Angaben im Laufe des Tages über die Wiederaufnahme von Gesprächen beraten.

Der von seinem Amt zurückgetretene Barak ist laut Me-



Trotz aller Versuche um Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen ist es auch gestern wieder zu schweren Zusammenstössen zwischen Israelis und den Palästinensern gekommen.

Klage Öcalans angenommen



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Klage des in der Türkei inhaftierten ehemaligen kurdischen Rebellenführers Abdullah Öcalan zur Verhandlung angenommen, wie am Freitag verlautete. Das Gericht in Strassburg entschied am Donnerstag, dass der Fall vor einer Grossen Kammer mit 17 Richtern verhandelt wird. Öcalan misst geltend seine Behandlung durch die türkischen Behörden verstoße gegen zwölf Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention, an die die Türkei als Mitglied des Europarats gebunden ist. Dazu zählen das Recht auf Leben, das Recht auf einen fairen Prozess, die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, und das Verbot der Misshandlung von Gefangenen. Mit einem Urteil sei ein Urteil über die letzten Monate zu rechnen, erklärte das Gericht. Öcalan, Anwalt in der Türkei, begehrt die Freilassung in Istanbul. «Sie haben alle meine Augen geschlossen, und es ist unsere Ansicht, nach den Rechtsvorschriften kann ich die Anwälte der Oberen verbieten, kurdischen Arbeiterpartei (PKK) war im September 1999 von türkischen Sicherheitskräften in Kenfige gefangen genommen worden. In der Türkei wurde er wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode verurteilt.»

dienberichten bemüht, noch vor der Neuwahl am 6. Februar ein Abkommen mit Arafat zu unterzeichnen. Nur ein solches Abkommen könnte nach Auffassung von Meinungsforschern dem in Umfragen abgeschlagenen Barak noch einmal zum Sieg verhelfen. Barak und Arafat waren zuletzt im Oktober beim Krisengipfel im ägyptischen Scharm el Scheich zusammengetroffen.

Unterdessen kam es im Westjordanland und Gazastreifen zu neuen Ausschreitungen, bei denen sechs Palästinenser getötet wurden. Drei Männer wurden in der Nacht zum Freitag bei Nablus bei einer Schiesserei mit israelischen Soldaten getötet. Ebenfalls nahe Nablus wurde ein palästinensischer Polizist erschossen. Ein weiterer Palästinenser wurde im Gazastreifen nahe dem Grenzübergang Eres getötet. Ein Militärsprecher sagte, er habe versucht, einen Soldaten zu erstechen. Ein 17-Jähriger wurde ausserhalb von Nablus bei Unruhen nach dem Freitagsgebet erschossen. Damit stieg die Zahl der Todesopfer seit Beginn der Unruhen Ende September auf 325.